

Wolfgang Schollwer: Zum 17. Juni 1953, 1953

Freitag, den 19. Juni 1953

Für 24 Stunden schien das Ziel der Wiedervereinigung greifbar nahe.

Seit den Mittagsstunden des 17. Juni breitet sich jedoch unter den westdeutschen Gegnern des Zonenregimes allmählich tiefe Niedergeschlagenheit aus. Die Sowjets verkündeten den Ausnahmezustand, im Berliner Ostsektor brach der Volksaufstand gegen das SED-Regime, kaum begonnen, unter dem Einsatz sowjetischer Panzer zusammen. Noch wird in einigen Städten der Zone der Kampf gegen die kommunistischen Unterdrücker fortgesetzt. Der Funke des Aufstandes war am Donnerstag auch auf die mitteldeutschen Provinzen überggesprungen. Doch die Exekutivkommandos sind schon am Werke. Die heutige Morgenpresse meldete die standrechtliche Erschießung von 17 Freiheitskämpfern. Die Menschen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben angesichts der sowjetischen Übermacht keine Chance. Sie haben sie auch nicht wegen der Reaktion des Westens. Westmächte und Bundesregierung hielten sich betont zurück. Nur nicht den Eindruck erwecken, als stünde man diesen tapferen Menschen bei. Kanzler Adenauer mahnte bereits am Mittwoch die Demonstranten, "sich nicht durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen zu lassen".

Auch die Westmächte wiegelten ab. In dieser Stunde zeigte es sich, was von den Beteuerungen bundesdeutscher Politiker zu halten ist. Die "Brüder und Schwestern im Osten" niemals vergessen zu wollen. Aber wie der Herr, so 's Gescherr. Man traf in diesen Tagen in Bonn immer wieder Leute, die von den Vorgängen in Ostberlin und in der Zone noch gar nichts gehört hatten. Und sich dafür auch nicht interessierten. Was soll man dazu sagen?

Als Dienstagmittag die ersten Meldungen über Arbeiterdemonstrationen im Berliner Ostsektor gegen Normerhöhung bekannt wurden, schickten wir einen Kollegen in die Stadt, um einen Rundfunkapparat zu besorgen. Viel gearbeitet wurde in den letzten Tagen im Ostbüro nicht: Die Mitarbeiter waren fast während den ganzen Tag vor dem Radio versammelt. Unsere Berliner Außenstelle erhielt am Mittwochfrüh den Auftrag, Földner zur Beobachtung der Ereignisse an die Sektorengrenze zu entsenden und uns laufend über das Geschehen zu unterrichten. Es erwies sich jedoch, dass dieser Kollege zumeist wesentlich schlechter informiert war als die Rundfunknachrichtendienste. Denn Földner darf ja als Mitarbeiter des Ostbüros und politischer Flüchtling den Ostsektor nicht betreten."

Quelle: Wolfgang Schollwer: "Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung" Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951-1957. Hrsg. v. Jürgen Frölich. Biografische Quellen, hrsg. von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abteilung Bildung und Forschung, Bremen 2004, S. 84f.